



Natan Sznajder mit dem Geschwister Korn und Gerstenmann-Friedenspreis 2024 ausgezeichnet

Der Friedenspreis der Geschwister Korn und Gerstenmann-Stiftung würdigt literarische, publizistische und kulturelle Bemühungen um den Frieden in Israel und darüber hinaus in der ganzen Welt. Er wird alle drei Jahre vergeben und ist zurzeit mit 50.000 Euro dotiert. Damit zählt er zu den höchstdotierten Kulturpreisen in Deutschland. Gestiftet haben ihn Abraham Korn und seine Schwester Rosa Gerstenmann im Jahr 1987 zum Gedenken an ihre im Konzentrationslager Majdanek ermordete Nichte Sarah Gerstenmann. Bisherige Preisträger waren: Shimon Peres (2001), Amos Oz (2003), Daniel Barenboim und Edward Said (2006), Sari Nusseibeh und Itamar Rabinovich (2009), Avi Primor (2012), Tom Segev (2015), Lizzie Doron mit Mirjam Pressler (2018) und Joseph Croitoru (2021).

Die Geschwister Korn und Gerstenmann Stiftung würdigt das literarische Wirken des Preisträgers für den Frieden in Israel und der Welt, insbesondere seine Publikationen über kosmopolitisches Holocaust-Gedenken und die Erinnerungskongkurrenz von Holocaust und Kolonialismus.

Die Preisverleihung fand am 26. Mai 2024 im Ignaz Bubis-Gemeindezentrum der Jüdischen Gemeinde Frankfurt am Main statt; die Laudatio hielt der Münchner Historiker Michael Brenner. Wir veröffentlichen sie mit Dank an den Autor in Auszügen.

*

Michael Brenner

Laudatio auf Natan Sznajder

Auf Natan Sznajder eine Laudatio zu halten ist eine gewisse Herausforderung. Hier geht es um einen Wissenschaftler, der nicht den gängigen Normen der deutschen Akademikerzunft entspricht. Hier geht es um einen Widerspenstigen, dessen Zähmung nicht einmal dem israelischen Universitätsbetrieb gelang. Hier geht es um eine kritische Stimme im öffentlichen Diskurs, die nie voraussehbar oder berechenbar ist, dafür immer anregend und provokativ. Hier geht es um einen, der sich nicht um Floskeln und höfliche Umschreibungen schert, sondern um einen Menschen mit Ecken und Kanten. (...)

Mich beeindruckte schon als Doktorand Natan Sznajders scharfer analytischer Blick, der keinen Raum ließ für Gemeinplätze und Oberflächlichkeiten, der aber auf menschliche Gefühle sehr wohl Rücksicht nahm und diese auch wissenschaftlich einzuordnen wusste. Das kam nicht von ungefähr. Denn seine soziologische Dissertation war eine Sozialgeschichte des Mitleids. Das daraus entstandene Buch *Über das Mitleid im Kapitalismus* gehört – zu Unrecht – zu seinen weniger bekannten Büchern. Wie all seine anderen Werke auch, ist es nicht nur pointiert und provokativ, sondern auch ohne Fachjargon geschrieben und daher ausgesprochen lesbar. Ich sage das mit besonderer Anerkennung als Historiker über den Soziologen Sznajder, denn selbstverständlich ist so etwas für einen Soziologen gewiss nicht.

Es gibt einige Grundpfeiler in den Schriften Natan Sznajders, auf die man immer wieder stößt: Dazu gehören Begriffe wie global und kosmopolitisch ebenso wie die Ausdrücke *Erinnern und Vergessen*, *Zionismus* und *Antisemitismus*. In Büchern wie *Gedächtnisraum Europa. Die Visionen des europäischen Kosmopolitismus. Eine jüdische*

Perspektive oder dem gemeinsam mit Daniel Levy verfassten *Erinnerungen im globalen Zeitalter: Der Holocaust* geht es um das Verhältnis zwischen Universalismus und Partikularismus, um globale Verbrechen und nationale Opfer, um internationales Gedächtnis und lokales Erinnern. (...)

Ein Zeitgenosse, der Sznajder wissenschaftlich prägte, war der viel zu früh verstorbene Münchner Soziologe Ulrich Beck. Beide widmeten sich gemeinsamen Forschungsprojekten zur Geschichte des Kosmopolitismus. Einige Ergebnisse davon konnten wir schon 2001 auf einer von uns gemeinsam organisierten Konferenz auf Schloss Elmau zum Thema „Jews as Cosmopolitans“ hören. Zehn Jahre später ging daraus Sznajders Buch, *Jewish Memory and the Cosmopolitan Order*, hervor. Sznajder schreibt nicht nur über Kosmopolitismus, er ist Kosmopolit. Ganz in der Nähe, in Mannheim, aufgewachsen, hat er Deutschland zwar physisch verlassen, ist aber immer Teil des intellektuellen deutschsprachigen Diskurses geblieben. Es ist der Blick jenes Insiders, der gleichzeitig auch Outsider ist, der ihm eine besondere Schärfe verleiht, wie es Marcel Reich-Ranicki einmal über die deutschen Juden ausdrückte: „Sicher ist, dass die Juden die Gesellschaft, in der sie lebten, aus zwei Perspektiven betrachten konnten und mussten – von außen und von innen, aus der Distanz und aus der Nähe.“ Sznajder entschied sich früh für die physische Distanz. Er beobachtete die deutsche Diskussion mit dem Blick aus New York, wo er studierte und aus Tel Aviv, wo er bis voriges Jahr als Soziologieprofessor lehrte. Und diese Außenperspektive eines Insiders erlaubt ihm den schärferen Blick. (...)

Seit dem 7. Oktober 2023 gelten neue Regeln. Natan Sznajder hat dies sofort klar benannt: „Nichts wird für Juden in Israel wie in der Welt mehr sein wie vor dem 7. Oktober,“ schrieb er eine gute Woche nach dem Hamas-Massaker in der FAZ: „Seit dem Morgen des 7. Oktobers ist Israel nicht mehr wiederzuerkennen. Die israelische Identität der Stärke und Unverwundbarkeit ist zu einer jüdischen der Schwäche und Verwundbarkeit geworden.“ Zwei Monate später sprach er im Spiegel von Israels „neuer Einsamkeit.“ Auf die Bestsellerliste katapultiert wurde durch die Ereignisse nach dem 7. Oktober die Neuauflage eines anderen Gesprächs: des Gedankenaustausches zwischen Natan Sznajder und Navid Kermani über Israel, die zeigt, dass man aus unterschiedlichem Sehepunkt durchaus ins Gespräch kommen kann, ja sogar muss. Doch, wie Sznajder in seinem Beitrag zu dem Debattenband „Nach dem 7. Oktober“ deutlich machte, kann man nicht unter jeder Bedingung zum Gespräch finden: „Man kann nur ins Gespräch kommen, wenn man eine Welt teilt. Mit Menschen, die keine Welt teilen wollen, die mich vernichten wollen, und denjenigen, die das rechtfertigen, kann ich kein Gespräch führen. Ein Gespräch bedeutet, eine Welt zu teilen.“ (...)

Warum wird eigentlich in Umfragen zum Nahostkonflikt immer danach gefragt, ob man pro-israelisch oder pro-palästinensisch ist? Muss das eine wirklich das andere ausschließen? Muss man anti-palästinensisch sein, um pro-israelisch zu sein? Muss man wirklich immer eine Fahne schwenken? Wenn man pro-israelisch ist, muss man keineswegs anti-palästinensisch sein, und umgekehrt. Man kann *für* die Vernünftigen auf beiden Seiten und *gegen* Terroristen und Fundamentalisten aller Schattierungen sein. Wie Natan Sznajder jüngst in einem Radiointerview sagte, man sollte diese Fußballspiel-Mentalität beenden, die eine Seite gewinnen und die andere verlieren sehen will. Wenn man mit- und nebeneinander

leben muss, darf es unter den Menschen nur Gewinner geben. Und Natan Sznajder weiß mit dem Vergleich natürlich, wovon er spricht, denn er ist begeisterter Fußballfan. Und sorry, dass es mit Atletico dieses Jahr nicht so gut lief. (...)

Natan Sznajder beleuchtet nicht nur als Soziologe das jüdische Dilemma des 20. und 21. Jahrhunderts in all seinen Dimensionen. Als israelischer Staatsbürger lebt er es auch täglich. Und er versucht dazu beizutragen, dass der Traum von dem jüdischen Staat kein Albtraum wird, dass die antidemokratischen Tendenzen, die auch von heutigen israelischen Regierungsvertretern mitgetragen werden, sich nicht durchsetzen. Man wünscht sich, dass all die Elemente seines vielseitigen Werks gerade *dort* Wirkung zeigen. Compassion – Mitleid, das Leid der Anderen verstehen – wie wichtig ist dies gerade heute zwischen Gaza und Jerusalem, zwischen Tel Aviv und Ramallah. Kosmopolitisches und partikulares Denken miteinander zu verbinden – man möge es all jenen ins Buch schreiben, die das Recht des jüdischen Volkes auf ihren eigenen Staat verleugnen und ebenso jenen in Israel, die vor lauter nationalem Eifer das Globale aus den Augen verlieren. Israelische Gesellschaften – sie bieten die Chance einer ungeheuren kulturellen Vielfalt, und sie haben gleichzeitig das Potential, den Staat auseinanderzureißen und zu zersplittern. Und schließlich globales Gedächtnis und Postkolonialismus. Auch hier stehen wir an einem Scheideweg. Die Verbrechen des Kolonialismus in seiner Bedeutung zu erkennen ist wichtig, aber sie dürfen auch nicht dazu benutzt werden, den Holocaust zu relativieren. Globale Verantwortlichkeit wahrzunehmen, ohne partikuläre Befindlichkeiten zu verleugnen, dies ist ein roter Faden, der sich durchs Werk Sznajders zieht und zugleich eine Anleitung, sich in unserer Welt ein wenig besser zurechtzufinden. Natan Sznajder hat uns vorgeführt, wie es gehen könnte.

Natan Sznajder

Israels Sicherheit ist seine Staatsräson: Souveränität und Judentum

Ich bin heute tief bewegt und zugleich aufgewühlt. Nicht weit von hier wurde ich 1954 in Mannheim geboren. Meine Eltern haben sich diesen Ort beileibe nicht ausgesucht. Ich bin der Sohn von polnisch-jüdischen Holocaustüberlebenden. Ihre Familien, meine Familie, wurden fast vollständig von den Nazis in Polen ermordet. Ihnen möchte ich diesen Preis widmen. Gleichzeitig danke ich der Familie Korn und Gerstenmann für ihr Vertrauen. Ihre Geschichte ist auch meine Geschichte. Für Kinder von Holocaust-Überlebenden sind Preise und Auszeichnungen in Deutschland nicht selbstverständlich, auch das ist ein Grund, warum ich innerlich aufgewühlt bin und das ist nicht nur so dahingesagt.

Ich lebe seit 1974 nicht mehr in Deutschland. Ich habe einen anderen jüdischen Weg eingeschlagen, den der jüdischen Selbstbestimmung, auch Zionismus genannt. Ich wollte kein Jude in der Diaspora, sondern ein souveräner jüdisch-israelischer Staatsbürger sein. Andererseits bin ich auch in Deutschland geblieben. Gerade in den letzten Jahren schreibe ich meine Bücher, Essays, und Zeitungsartikel auf Deutsch und habe ständig Forschungsaufenthalte hier in Deutschland, wo auch mein Publikum ist. In New York wurde ich wissenschaftlich sozialisiert und ich schaue in den letzten Monaten mit großer Sorge auf meine von mir verehrte Columbia Universität, an der ich vor mehr als 30 Jahren promovierte.



Dass dort und auch in einigen deutschen Universitäten offen bei antiisraelischen Protesten zur Vernichtung Israels aufgerufen wird, wird uns noch lange umtreiben. (...)

Ich erhalte diesen Preis während der 7. Oktober immer noch in unseren Köpfen und Körpern eingebrannt ist. Ich spreche bewusst von „während“, weil wir nach dem 7. Oktober immer wieder am Morgen des 7. Oktober 2023 aufwachen. Eine Friedenspreisrede sollte eigentlich mit dem Gedanken gehalten werden, dass auf jeden Krieg auch ein Frieden folgt. Mit Schmerz befürchte ich, dass das im Nahostkonflikt nicht zutreffen wird. Der 7. Oktober ist der Tag, an dem die Terrororganisation Hamas in den Süden Israels eindrang, ein unbeschreiblich grausames Massaker anrichtete, Menschen aufs Brutalste ermordete, Frauen und Mädchen vergewaltigte, Geiseln in den Gazastreifen verschleppte und Israel als Antwort darauf den Gaza-Krieg begann. Es ist nun Ende Mai, der Krieg hält weiter an, ja er hat sich ausgeweitet. Wir leben immer noch im 7. Oktober. Und die Geiseln sind immer noch in Gaza, ungewiss ist dabei, wie viele der Geiseln überhaupt noch leben.

Sie sind auch in Gaza gefangen gehalten, weil am 7. Oktober der souveräne Staat Israel nicht existierte. Der Staat, der das Massaker hätte verhindern sollen, war nicht da. Die Menschen waren den Terroristen ausgeliefert, wie in der Vergangenheit Juden ihren Tätern ausgeliefert waren. An diesem Tag brach die jüdische Geschichte in die israelische herein. Hier sind die Bruchstellen, bei denen sich bei mir das Persönliche mit dem Politischen überschneidet.

Jüdisches Denken in der Diaspora braucht sich nicht mit Fragen der militärischen Gewaltausübung auseinanderzusetzen, was bis in die heutige Zeit den großen Unterschied zwischen Juden in Israel und Juden in der Diaspora ausmacht. In Israel entwickelte sich ein Judentum, das vor allem mit Souveränität, Territorium und Macht verknüpft ist. Dieses israelische Judentum grenzt sich ab, ja muss sich abgrenzen von einem Judentum in der Diaspora, das entweder aus der Machtlosigkeit heraus eine universale Ethik entwickelt oder sich gerade heute als Teil der israelischen Gemeinschaft außerhalb Israels betrachtet. Denn die Existenz des Staates Israel hat ja das Ressentiment gegen Juden nicht verschwinden lassen. Der Staat Israel steht auch für die aktive, wehrhafte Haltung von Juden und Jüdinnen. Souveräne israelische Juden greifen nun aktiv in die Geschichte ein und vertrauen auf sich und nicht auf Gott oder den Messias. Dazu gehört auch Gewaltanwendung, wenn das jüdische Kollektiv sich verteidigen muss. Als souveräne Israelis sind wir als konkrete Menschen an unser konkretes Dasein mit konkreter Verantwortung gebunden. Das Massaker war sowohl ein Angriff auf die Souveränität Israels als auch ein Angriff auf alles Jüdische. Die antisemitischen Reaktionen außerhalb Israels sprechen Bände.

Und trotzdem, eine Friedenspreisrede darf sich nicht nur der Verzweigung hingeben, sie muss Wege suchen und Perspektiven aufzeigen jenseits der erstarrten kriegeri-

schen Konfliktsituation, aber auch jenseits der polarisierten Meinungen.

Der Übergang vom Juden zum Israeli beinhaltet in sich die historische Herausforderung des Zionismus, der darauf bestand, dass die „Normalität“ politischen Handelns auch Machtausübung enthält. Dabei geht es um politische Bewegungsfreiheit, die sich verfolgte Minderheiten oft nicht leisten können. Souverän sein soll eigentlich heißen, heroisch und frei handeln zu können. Es geht darum, die Konsequenzen des eigenen politischen Handelns miteinzubeziehen, es geht um Verantwortung für das eigene Leben und für die Sicherheit und Existenz der eigenen Gruppe. Das heißt auch, aus der jüdischen Geschichte auszubrechen und souveränes Mitglied der Völkerfamilie zu werden. Das ist die Bedeutung des zionistischen Glaubens an die *Negation der Diaspora*. Dazu gehört, die politischen Kapazitäten des Staates von den mächtigen religiösen und historischen Kräften der jüdischen Volkszugehörigkeit unterscheiden zu können, obwohl gerade am 7. Oktober 2023 diese Unterscheidung in sich zusammenfiel. Nach dem 7. Oktober geht es konkret darum, die Geiseln nach Hause zu bringen, die Hamas zu besiegen, und diesen Sieg für zukünftige politische Perspektiven zu nützen. Das wäre dann auch zielführendes und souveränes Handeln.

Ein Zitat aus einem der großen Gedichte Chaim Nachman Bialiks über das Pogrom von Kischinew 1903: „Fluch aber dem der Rache sagt! Diese Rache, Rache für eines Säuglings Blut hat auch der Satan nicht erzeugt,“ ist nun Teil der politischen Sprache Israels. Es ist ein Zitat aus der langen jüdischen Geschichte, denn die Ereignisse des 7. Oktober riefen Erinnerungen an Pogrome wach, es war kein Souverän da, der die Opfer hätte schützen können. Aber war nicht gerade dieses Gedicht Bialiks einer der Auslöser der zionistischen Bewegung? Oder Leon Pipers Schrift „Autoemanzipation“, der die Schmach der Pogrome Ende des 19. Jahrhunderts als Anlass für zionistischen Selbstschutz sah?

Was kennzeichnet nun eine virtuose Politik der Gegenwart? Sicher hat der Staat Israel Feinde, ja sogar Todfeinde. Und diese Feinde haben durchaus auch antisemitische Motive. Nun, der mehr als berechtigte Antisemitismusvorwurf mag eher zu einem Diaspora-Volk passen, aber passt er zu einem souveränen Staat? Feinde können politisch betrachtet werden, nicht nur apokalyptisch. Und wenn der Feind berechtigterweise apokalyptisch und nicht politisch verstanden wird, dann hört man auch Stimmen nach Rache und Vernichtung. Nichts ist naheliegender und verständlicher als Rache. Aber es gibt einen wesentlichen Unterschied zwischen Rache und politisch notwendiger Abschreckung. Es ist die Souveränität, die diesen Unterschied ausloten muss. Der souveräne Staat hat die Möglichkeit, diesen apokalyptischen Feind in einen politischen umzudeuten. In der Politik bedeuten Freund- und Feindschaft etwas anderes als in unserem gesellschaftlichen Leben. Für die Hamas trifft das wohl nicht zu. Die Sprache ist nicht imstande, es wirklich zu fassen, was sie, die Täter außerhalb der

menschlichen Gemeinschaft, anrichteten. Das macht die Feindschaft hier noch komplizierter.

Denken wir auch daran, dass am 26. März 1979 der israelische Premierminister Menachem Begin und der ägyptische Präsident Anwar Sadat in Washington den ägyptisch-israelischen Friedensvertrag unterzeichneten. Und dieser Friede mag zwar kein messianischer Friede, das Ende aller Politik sein, aber er hält politisch und entspricht den Interessen beider Staaten, auch wenn er jetzt auch auf dem Spiel steht. Und erstaunlicherweise sind es ja gerade die Ägypter, die ständig zwischen der Hamas und Israel vermitteln, in einem Raum, wo es eigentlich keine Vermittlung geben darf. Oder denken wir an das Abfangen der iranischen Raketen am 13. April dieses Jahres, als eine Koalition von arabischen Staaten gemeinsam mit den USA, Frankreich und Großbritannien der israelischen Luftabwehr militärisch Beistand leisteten. Das ist virtuose Politik.

Wenn es um politische Interessen geht, dann ist der gesamten Region im Nahen Osten im Nahen Osten klar, dass die langfristige Bedrohung Israels, und nicht nur Israels, vom Iran und seinen Stellvertretern, einschließlich der Hisbollah und Hamas, ausgeht. Um dies zu verhindern, bedarf es sowohl der militärischen Partnerschaft mit Amerika als auch der Unterstützung von arabischen Staaten. Die israelische Wirtschaft und militärische Kapazität sind abhängig von Technologieexporten und Experten mit Zugang zu globalen Märkten. So verhält es sich auch mit der israelischen Wissenschaft und Kultur. Ein isoliertes auf sich allein gestelltes Israel ist nicht in der Lage im Nahen Osten zu überleben. Und anstatt mehr Sicherheit zu bringen, vergiftet die permanente Besetzung die Politik, indem sie die extreme Rechte ermutigt und mithilft, den palästinensischen Radikalismus zu züchten.

Souveränität bedeutet außerdem, dass wir als israelische Staatsbürger und Staatsbürgerinnen die Folgen tragen müssen für die Handlungen oder Nicht-Handlungen des Staates, dessen Bürger wir sind. Das heißt auch, dass wir uns als Staatsbürger und Staatsbürgerinnen Israels für den Krieg in Gaza verantwortlich zeichnen und dass es mehr als alles andere unsere Verantwortung ist, die von der Hamas verschleppten Geiseln zurück nach Hause zu bringen. Das ist die allererste Verantwortung des israelischen Staates und all seiner Bürger und Bürgerinnen. Unser Leben wird nicht zur Ruhe kommen, solange die noch verbliebenen Geiseln in Gaza nicht gerettet sind. Hier trifft das jüdische Gebot der „Auslösung Gefangener“ auf die israelische politische Pflicht es zu tun.

Das heißt dann auch, dass wir Israel und den Zionismus nicht mit Judentum gleichsetzen sollen, obwohl sie immer gemeinsam gedacht werden müssen. In Israel ist das Judentum keine raumlose Religion mehr, sondern symbolisiert ein Volk mit einem Land und Raum, das politisch handeln kann und muss. Juden in Israel besitzen politische Freiheit, die das Diasporajudentum für sich nicht beanspruchen kann und daher oft auf nationale

und internationale Schutzmaßnahmen setzte. Die Herausforderung der Souveränität ist es, normales Verhalten zu zeigen, sich in die Geschäfte der Staatspolitik einzumischen, und als politisch Gleichberechtigte der Weltzivilisation mitwirken. Das ist auch die Herausforderung der politischen Theorie von Machiavelli, der darauf hinwies, dass die Definition von Normalität im politischen Verhalten Gewalt und Gewaltausübung beinhaltet. Wenn Juden normal werden – wie im konventionellen zionistischen Konzept der Normalisierung definiert –, ist es vernünftig zu erwarten, dass sie eine ideale politische Gesellschaft bilden, und unhistorisch oder moralischer als andere handeln? Dies ist ein Dilemma, das der Staat Israel nicht gelöst hat, ja vielleicht nicht lösen konnte. Die Verwirklichung jüdischer politischer Normalität und Freiheit in Israel ist für Nichtjuden und viele Juden außerhalb Israels zutiefst anstößig.

Es ist daher auch nicht überraschend, dass die Berichterstattung über Israel unausgewogen ist. Das ist nicht unbedingt antisemitisch, kann aber aus der Geschichte des Antisemitismus und des Diasporajudentums erklärt werden, wie auch der antiisraelische und propalästinensische studentische Aktionismus so verstanden werden kann. Verwunderlich wäre es, wenn diese Berichterstattung ausgewogen wäre. Es ist mir klar, dass Israel anders als andere Nationalstaaten beurteilt wird. Israel kann in seiner jetzigen Form nicht erwarten, wie alle anderen Nationen behandelt zu werden, da die jüdische Existenz in und außerhalb Israels nicht mit der Existenz anderer Gruppen vergleichbar ist.

Das muss zu Konflikten zwischen Moral und Politik führen, insbesondere die unpolitische Forderung, dass Juden als Juden moralisch handeln sollten. Natürlich kann man sagen, dass das israelbezogene Antisemitismus ist, und es mag sogar stimmen. Andererseits machen wir es uns dabei zu einfach. Es geht um mehr: Auf der einen Seite soll moralisches und humanitäres Denken und Fühlen universell, unparteiisch, unabhängig und neutral sein. Darauf beruht im Idealfall auch globale Solidarität und universelle Empathie. Diese Prinzipien existieren auch bei uns in Israel. Aber für uns Israeli ist der Nationalstaat Normalfall. Gerade Juden und Jüdinnen wie die Familie Korn und Gestenmann, und wie meine Familie, erlebten in der Zeit ihrer Verfolgung und Vernichtung das grenzenlose Versagen des Völkerrechts. Die Konsequenzen, die wir für den jüdischen Staat Israel aus dem Versagen internationalen Abkommen zogen, zielen nicht auf eine Delegitimierung des Nationalstaates und seine Schwächung, sondern umgekehrt auf Souveränität und die militärische Fähigkeit, sich zu wehren.

Kritiker Israels – auch in Israel selbst – erinnern gleichzeitig an die jüdische prophetische Tradition jenseits der Souveränität. Sie erinnern an die universale Tatsache, dass Machtausübung einen Preis hat, dass der Staat mit seiner ständigen Kampfbereitschaft und deren Folgen auf vielen Ebenen teuer für die Freiheit zahlt – dass insgesamt die Ausübung politischer Souveränität auch um den Preis des Verlusts der Unschuld erfolgt. Der souve-



räne Staat Israel muss in der Lage sein, das Israelische und das Jüdische voneinander zu trennen und souverän Entscheidungen treffen. Das betrifft auch den Umgang mit Antisemitismus und dessen Äquivalent, dem Amalekismus, also der Vorstellung, dass Juden Hass eine ewige Konstante ist und dass Kritiker der israelischen Politik zugleich Feinde der Juden seien. Ein souveräner Staat sollte sich von diesen real existierenden Ressentiments nicht mehr als nötig beeindrucken lassen. Ergibt die Vorstellung „Die ganze Welt ist gegen uns“ aus der Diaspora heraus durchaus Sinn, bedeutet sie für den Staat Israel doch das Eingeständnis der Hilflosigkeit. Stattdessen sollte Israel seinen Feinden als politischen Feinden begegnen, mit den Mitteln eines souveränen Staates, zu dem Diplomatie und Bündnisse ebenso gehören wie Polizei und Armee.

Erinnern wir uns an die Passage des 5. Buch Moses, 25, 17–19:

17 *Gedenke, was dir Amalek antat auf dem Weg, auf eurer Fahrt aus Ägypten:*

18 *der auf dem Weg über dich kam, den Schweif all der Lahmgewordenen hinter dir abschnitt, da du müde und matt warst, und Gott nicht fürchtete!*

19 *Es sei: wann ER dein Gott dir Ruhe gewährt vor all deinen Feinden umher in dem Land, das ER dein Gott dir als Eigentum gibt, es zu ererben, wegweise das Gedenken Amaleks ringsunter dem Himmel, vergiß nicht!*

Nicht selten wird im jüdischen Denken und Empfinden der Feind als Amalek begriffen. Es ist daher auch selbstverständlich, dass nach dem 7. Oktober die Hamas mit Amalek gleichgesetzt wurde, und dass man verständlicherweise auch höre, dass die Erinnerung an die Hamas ausgelöscht werden sollte. In meiner pragmatischen zionistischen Vision geht es letztlich um die aktuelle Verwirklichung dessen, was sich im Traum von uns Zionisten verbarg und verbirgt: dass Israel ein normaler Staat werden kann. Ein Staat, der seinen Bürgerinnen und Bürgern egal welcher Religion und Herkunft Sicherheit bietet. Ein Staat in Frieden, ein Staat, der nicht umstritten ist, und ein Staat, der von der Welt akzeptiert wird. Dies umfasst auch die Wandlung im Selbstverständnis seiner Staatsbürger und Staatsbürgerinnen von den Angehörigen einer Religion zu denjenigen einer Nation, damit aus dem jüdischen Staat ein Staat der Juden – und auch seiner nichtjüdischen Bürger – werden kann. Es ist Politik im Hier und Jetzt.

Das ist widersprüchlich und muss widersprüchlich sein, denn gleichzeitig kann Israel nicht aufhören, ein Staat der Juden zu sein. Das Rückkehrrecht erlaubt jedem Juden auf der Welt, zu wählen, ob er oder sie zu dem israelischen politischen Kollektiv gehören will. Das heißt dann auch, dass der souveräne Staat Israel seinen ethnischen Charakter nicht aufgeben kann und sollte, der doch die Grundlage des Landes ist. Ich verstehe die Widersprüche hier sehr gut. Es sind die Widersprüche, die zwischen Mannheim, New York und Tel Aviv liegen.

Und diese Widersprüche stellen auch die Frage, ob normale Politik für uns Juden möglich ist? Wir Juden verfügen über keine intellektuell autonome und systematische politische Theorie. Politische Theorie ist ein Korpus der nichtjüdischen Welt, der Welt der Griechen, Römer und Christen. Die Juden verloren ihre politische Souveränität, während die Christenheit von den Griechen und Römern die längste und reichste politische Tradition des Westens erbte. Jüdisches politisches Denken blieb daher eher unsichtbar und unterschwellig, eine verborgene Tradition, wenn Sie so wollen. Die Moderne hat die politische Position der Juden verändert. Mit der Gründung des Staates Israel 1948, drei Jahre nach der Shoah, sind jüdische Israelis nun souverän. Für uns israelische Juden ist es daher dringend notwendig, uns über die Essenz von Politik klar zu werden. Vor allen Dingen geht es dabei um die Beziehungen der Juden mit anderen Völkern, Religionen und Nationen. Und dazu gehört es, zu wissen, wie der politische Feind zu definieren ist. Diese Fähigkeit zur Definition ist Ausdruck einer souveränen Entscheidung und souveränes Entscheiden ist die zentrale Bedeutung von Politik. Das beinhaltet, dass der Feind von gestern zum politischen Freund von heute werden kann und der politische Freund von gestern zum Feind von heute. Das hat nichts mit Zynismus, sondern mit Interessen zu tun. Es ist Ausdruck der spezifisch politischen Dimension der kollektiven Existenz. Und hier stößt die normale Politik auch an die Grenzen der Jüdischen Geschichte.

Konkret heißt das jetzt, auf die Realpolitik etlicher arabischer Führer zu setzen, die zu Recht einen Flächenbrand im Nahen Osten fürchten, einen Krieg mit dem Libanon, der für die Zivilbevölkerung auf beiden Seiten schreckliche Folgen hätte, und eine immer wieder drohende Gefahr einer direkten militärischen Konfrontation mit Iran, deren Folgen nicht abzusehen wären. Mag sein, die meisten Staatsschefs der arabischen Welt mögen unser Vertrauen nicht verdienen, aber das sollte keine Rolle spielen. Man sollte sich dabei aber nicht von den Appellen unpolitischer Definitionen von Frieden verleiten lassen, die friedliche Beziehungen, Vertrauen, offene Grenzen, Handel und Tourismus betonen. Das ist zu eng an den emanzipatorischen Wünschen der Juden gedacht, von der nicht-jüdischen Umwelt akzeptiert zu werden. Darum geht es nicht. Was eine Rolle spielt, ist die Einsicht, dass ein Ende der Gewalt und Machterhalt auch in ihrem Interesse liegt. Vertrauen ist für das Privatleben relevant, für das Verhältnis zwischen Staaten mag es sogar fahrlässig sein. Ein politisch ernsthafter Frieden setzt voraus, dass Israel integraler Teil eines Bündnissystems in der Region wird. Dazu gehört wohl auch, das Modell zweier unabhängiger Staaten wiederzuerwecken, das in den Neunzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts entwickelt wurde, und heute kaum noch zu verwirklichen ist. Aber es bleibt der Horizont, um nach dreißig Jahren überhaupt wieder Verhandlungen aufzunehmen. An deren Ende wird man vermutlich flexiblere Modelle finden, wie zwei verfeindete Völker auf geographisch so kleinem Raum zusammenleben können – und eines Tages ihre Feindschaft überwinden. Aber so weit sind wir noch nicht, sicher nicht nach dem 7. Oktober.



Offensichtlich gibt es auch entsprechende unpolitische arabische Definitionen von Frieden. Wir finden dort, wohl mehr als uns lieb ist, Vorstellungen von der völligen Auslöschung Israels, wie sie auch auf vielen Demonstrationen im Westen zu hören sind. Viele wünschen, dass wir einfach aufhören zu existieren. Alle Israelis werden als illegitime Siedler bezeichnet, auch hier ein auswegloses Feindbild. Der Weg daraus ist es mit einigen arabischen Staaten ernsthafte Allianzen einzugehen, die sich der Ressourcen Israels bedienen, um ihre eigenen Interessen zu verfolgen. Der Begriff der Sicherheit kann keine absolute Gewissheit sein, so wie auch ein Sieg nie absolut sein kann. Zu einem politisch ernsthaften Frieden gehören Bündnisse, die von antagonistischer Zusammen-

arbeit geprägt sind. Politischer Frieden birgt Risiken, denn Risiken sind jeder Politik innewohnend. Solche Risiken sind in jeder Friedenspolitik enthalten, ja müssen es sein. Ein politisch ernstgemeinter Frieden ist die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Der Angriff der Hamas am 7. Oktober versuchte dieses politische Projekt in der Tat zu zerstören. Wir müssen uns diesem Diktat nicht unterwerfen.

An einer Stelle gekürzte Rede zur Verleihung des Friedenspreises der Geschwister Korn und Gerstenmann-Stiftung am 26.5.2024. Wir danken dem Autor für die Abdruckgenehmigung.